

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Günter Nooke, Kurt-Dieter Grill, Josef Hollerith,
Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Paul Krüger, Hans Michelbach, Christa Reichard
(Dresden), Katherina Reiche, Gerhard Schulz, Margarete Späte und der
Fraktion der CDU/CSU**

zu der dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001 – Drucksachen 14/4000, 14/4302, 14/4522, 14/4523 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem Ende Oktober erschienenen Forschungsgutachten wird die Einschätzung bestätigt, dass die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern trotz vieler Fortschritte in einzelnen Bereichen unbefriedigend ist und weiterer Förderung bedarf.

Noch immer gibt es erhebliche Defizite in der Wirtschaftsstruktur, dem Kapitalsockel der heimischen Unternehmen und dem Verkehrswegenetz.

Trotz vieler seit der Wiedervereinigung bereits realisierter Modernisierungs- und Sanierungsprojekte ist der Nachholbedarf bei der Eisenbahninfrastruktur immer noch erheblich. Die Deutsche Bahn AG ist selbst in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation und kann die Sanierung der Eisenbahninfrastruktur in Ostdeutschland nicht im erwarteten Maße aus eigener Kraft gewährleisten.

Wasserstraßen als umweltfreundliche Transportwege bedürfen dringend des weiteren Ausbaus.

Die Straßenverkehrsinfrastruktur muss zeitnah auf den bevorstehenden Beitritt der Nachbarländer Polen und Tschechien zur EU sowie auf die damit verbundenen neuen Verkehrsströme vorbereitet werden. Es ist offen, in welchem Umfang die Vielzahl der für den Bundesverkehrswegeplan angemeldeten Straßenbauprojekte aus dem Bundeshaushalt realisiert werden kann.

Ein dauerhaftes Zurückbleiben der ostdeutschen Wirtschaft würde soziale Folgekosten auslösen und die Abhängigkeit von Transfers aus den alten Bundesländern verstetigen.

Die Bundesregierung hat verkündet, dass sie die UMTS-Erlöse in drei Stufen ausgeben will. Die Ausgabenverteilung der ersten Stufe wurde bereits bekannt gegeben.

Die Bundesregierung wird vor dem Hintergrund der vorgenannten Problemlage aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass bei den nachfolgenden beiden Stufen mindestens 50 % der Zinsersparnisse aus den UMTS-Erlösen für den weiteren

Aufbau und die weitere Sanierung der öffentlichen Infrastrukturen in Ostdeutschland verwendet wird.

Berlin, den 27. November 2000

Günter Nooke
Kurt-Dieter Grill
Josef Hollerith
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Paul Krüger
Hans Michelbach
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Gerhard Schulz
Margarete Späte
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion